

DIE PARLAMENTSWAHLEN IN ANGOLA 2008

EIN LAND AUF DEM WEG IN DIE EIN-PARTEIEN- DEMOKRATIE

Anton Bösl



Dr. Dr. Anton Bösl
ist Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung für Namibia und Angola.

EINLEITUNG

Am 5. September 2008 waren 8,2 Millionen Wahlberechtigte in Angola aufgerufen, ein neues Parlament zu wählen. Die Parlamentswahl erfuhr ein hohes Maß an internationaler Aufmerksamkeit. Schließlich handelte es sich um die ersten Wahlen nach 16 Jahren und erst die zweiten Wahlen in der Geschichte des Landes überhaupt. Denn Angola wurde nach 500 Jahren Kolonialgeschichte und einem viele Jahre dauernden Befreiungskrieg gegen die Kolonialmacht Portugal 1975 ebenso überraschend wie unvorbereitet in die Unabhängigkeit entlassen und stürzte anschließend in einen Bürgerkrieg zwischen rivalisierenden Befreiungsbewegungen, der schließlich 27 Jahre (bis 2002) dauerte.

Viele internationale Beobachter blickten gerade nach den gewalttätigen Auseinandersetzungen vor, während und nach den Wahlen in Kenia und Simbabwe und den äußerst schwierigen Regierungsbildungen dort sehr skeptisch auf die Wahlen in Angola, einem Land, das über sehr wenig demokratische Tradition und Praxis verfügt. Bei vielen Angolanern gerade in den ländlichen Gebieten schien die latente Sorge zu bestehen, dass die Wahlen zu einem Wiederaufflackern des Bürgerkrieges führen könnten.

Schließlich hatte die UNITA (Nationale Union für die totale Unabhängigkeit Angolas) das Ergebnis der ersten Wahlen von

Als die Angolaner am 5. September des Jahres erstmals ein neues Parlament wählten, fragten sich die in- und ausländischen Beobachter vor allem, wie die UNITA reagieren würde, die bereits 1992 ihre Niederlage nicht hinnehmen wollte und den Bürgerkrieg wieder aufnahm. Schon in den letzten Jahren hatte die von der sozialistischen MPLA dominierte Regierung ein Gesetzespaket verabschiedet, um die Wahlen formal korrekt durchführen zu können. Klarer Wahlsieger wurde schließlich eben die MPLA mit 81,64 Prozent der Stimmen, während die UNITA nur 10,39 Prozent gewann. Wenn manche die Wahl auch „frei“ und „transparent“ nannten, entsprach sie, zumal mit Blick auf die Benachteiligung der Opposition im Wahlkampf, keinen internationalen Standards. Doch dass in dem sich nur langsam von den Bürgerkriegsfolgen erholenden Land überhaupt gewählt wurde und die UNITA ihre Niederlage akzeptiert, lässt hoffen. Aber der Durchbruch zur Demokratie waren diese Wahlen nicht.

1992, aus denen die MPLA (Volksbewegung zur Befreiung Angolas) für viele überraschend als Siegerin hervorging, nicht anerkannt und die zweite und blutigste Phase des Bürgerkrieges eingeleitet, in dessen gesamtem Verlauf (von 1975 bis 2002) ca. eine Million Menschen ums Leben kamen. Bei diesen ersten Wahlen 1992 handelte es sich um zeitgleich durchgeführte Parlaments- und Präsidentschaftswahlen. Bei diesen ersten und bisher einzigen Präsidentschaftswahlen in Angola errang im ersten Wahlgang José Eduardo dos Santos von der MPLA offiziell 49 Prozent, sein Gegenspieler Jonas Savimbi von der UNITA erhielt 40 Prozent der Stimmen. Die laut Verfassung vorgesehene Stichwahl zwischen dos Santos und Savimbi für das Präsidentenamt fand nicht statt, da Savimbi der MPLA massiven Wahlbetrug vorwarf, das Ergebnis nicht anerkannte und die MPLA fortan (bis zu seinem Tod 2002) mit Waffengewalt bekämpfte. Bei den Parlamentswahlen 1992 erhielt die MPLA 54 Prozent, die UNITA 34 Prozent der Stimmen.

Deshalb warteten viele Beobachter nicht nur interessiert auf die Ergebnisse dieser Parlamentswahlen, sondern blickten auch gespannt darauf, wie die UNITA als stärkste oppositionelle Partei (wenn auch teilweise eingebunden in eine Regierung der Nationalen Einheit, wie dies das Protokoll von Lusaka von 1994 vorsah) diesmal auf eine mögliche und sehr wahrscheinliche Niederlage bei den Wahlen reagieren werde.

Nach mehrfachem Verschieben der Parlamentswahlen hatte die Regierung ab 2005 die notwendigen legislativen und administrativen Voraussetzungen geschaffen, um formal korrekte, internationalen Standards genügende Wahlen durchzuführen. Das noch aus dem Jahr 1992 stammende Wahlrecht, das für die Wahlen im gleichen Jahr in Kraft gesetzt worden war, wurde 2005 durch ein Paket von neuen Gesetzen ersetzt, welches die legislativen und administrativen Voraussetzungen für die Parlamentswahlen 2008 schuf.

Die Gesetze wurden in einem partizipativen Prozess unter Einbeziehung von Parteien und Zivilgesellschaft verfasst und stellen einen sinnvollen Rahmen für die Wahlen dar.

Das Gesetzespaket von 2005 beinhaltete

- ein neues Staatsangehörigkeitsgesetz,
- ein Gesetz für politische Parteien,

- ein Gesetz zur Wählerregistrierung,
- ein Gesetz zur Wahlbeobachtung,
- ein Wahlgesetz,
- einen Verhaltenskodex für die Wahlen.

Eine nationale Wahlkommission wurde geschaffen, die über den ordnungsgemäßen Ablauf der Wahlen wachen sollte und Wahlbeobachter ausgebildet hat. Die Wahlkommission besteht aus elf Mitgliedern, von denen allerdings nur drei von Oppositionsparteien nominiert werden und deren Unabhängigkeit somit in Frage gestellt werden muss.

Das Parteiengesetz von 2005 war notwendig geworden, um dem Wildwuchs an Parteien und Neugründungen Einhalt zu gebieten. Von 1975 bis 1991 galt Angola offiziell als Ein-Parteien-Staat unter der (militärisch von der UNITA massiv bekämpften) Führung der MPLA. Im Rahmen des Friedensabkommens von Bicesse (Portugal) 1991 und in Vorbereitung der Wahlen von 1992 wurde in Angola erstmals ein Mehrparteiensystem geschaffen, das sehr geringe Hürden für die Gründung von Parteien vorsah. Dies führte dazu, dass innerhalb kürzester Zeit 125 Parteien gegründet wurden. Zahlreiche von ihnen wurden damals auch von der MPLA als Satellitenparteien ins Leben gerufen, um die Opposition zu schwächen. Nach dem neuen Parteiengesetz von 2005 wurden die Hürden zur Gründung von Parteien erhöht. Demnach benötigt man nunmehr mindestens 7500 Unterschriften von Wahlberechtigten zur Gründung einer Partei, welche sich schließlich beim Obersten Gericht des Landes registrieren lassen muss.

Ferner benötigen Parteien nunmehr auch einen festen Sitz und die Belege der Befähigung der Kandidaten zur aktiven und passiven Teilnahme an Wahlen. Eine Satzung und ein Programm, das von den Gremien der Partei beschlossen ist, sind weitere geforderte Kriterien. Kandidaten müssen eine Bestätigung des Wohnsitzes und einen Steuernachweis erbringen. Der Organisationszweck politischer Parteien muss in der Teilnahme an Wahlen, der Teilnahme am politischen Leben und der freien Meinungsäußerung bestehen. Mit der gesetzlichen Voraussetzung, dass Parteien nunmehr landesweit vertreten sein müssen, versucht das Gesetz, Tribalismus, Regionalismus, Rassismus und Desintegration zu verhindern. Ferner dürfen die Ziele einer Partei keine Gefahr für den Staat, den Frieden, die

Mit der gesetzlichen Voraussetzung, dass Parteien nunmehr landesweit vertreten sein müssen, versucht das Gesetz, Tribalismus, Regionalismus, Rassismus und Desintegration zu verhindern.

Ordnung und die öffentliche Wohlfahrt darstellen. Verfassungswidrige Aktivitäten, die das Mehrparteiensystem unterminieren könnten, sind ebenso verboten wie das Tragen von Uniformen, der Einsatz gewalttätiger Mittel und militärisches Training der Mitglieder. Parteien ist es ferner verboten, sich ausländischen Regierungen oder Parteien unterzuordnen. Laut Gesetz legalisiert zwar das Oberste Gericht Parteien, greift aber nicht in parteiinterne Konflikte ein. Deren finanzielle Auseinandersetzungen werden vom Rechnungshof verhandelt, sonstige Konflikte von jeweils fachlich zuständigen Gerichten.

Vor den Wahlen 2008 waren noch 108 politische Parteien registriert, von denen allerdings die meisten deregistriert werden mussten, weil sie nicht (mehr) die nötigen 7500 Unterschriften vorweisen konnten. Damit schrumpft die Parteienlandschaft Angolas von 125 (1992) auf nunmehr (2008) sechs im Parlament vertretene Parteien. Allerdings bleibt die Möglichkeit der Neugründung von Parteien bestehen.

WÄHLERREGISTRIERUNG

Nach der Verabschiedung des Wahlpaketes 2005 hatte die Regierung mit großem Aufwand ein technisch eindrucksvolles Wählerregister erstellt, das als das modernste in Afrika gelten darf. Über acht Millionen Wähler wurden zwischen November 2006 und Mai 2008 in mobilen Zentren in allen 18 Provinzen des Landes registriert, für entlegene Gebiete wurden Helikopter eingesetzt. Die mobilen Teams nahmen biometrische Daten der Wahlberechtigten, die zusammen mit einem digitalen Bild auf eine Scheckkarte gedruckt wurde. Diese Informationen wurden in einem nationalen Datenzentrum gespeichert, um eine mehrfache Registrierung zu vermeiden. Bedenklich ist allerdings, dass die Kommission trotz mehrerer Anfragen von Oppositionsparteien und Wahlbeobachtern den Zugang zu diesem Wählerregister und eine externe Prüfung verweigerte.

Die über acht Millionen registrierten Wähler durften nunmehr in 220 Wahlkreisen insgesamt 5200 Kandidaten von zehn Einzelparteien und vier Koalitionen wählen. Da die Wahl zwar in Wahlkreisen, aber nach dem Verhältniswahlrecht und mittels einer Parteiliste stattfindet, entscheiden sich die Wähler in Angola im Grunde für Parteien, weniger für Akteure. Dass es trotz des technisch weit entwickelten Wählerregisters zu einem freien und fairen Wahlprozess kommen könnte, wurde

jedoch bereits im Vorfeld angesichts der bisherigen Erfahrungen mit der Regierungspartei stark bezweifelt.

WAHLBETEILIGUNG

Während 1992 von 4,8 Millionen registrierten Wahlberechtigten 4,2 Millionen (87 Prozent) teilnahmen, nahmen bei der Wahl 2008 von 8,2 Millionen Wahlberechtigten 6,14 Millionen (75 Prozent) teil. Von diesen gaben lediglich 5,5 Millionen gültige Stimmzettel ab. Die Wahlbeteiligung 2008 war im prozentualen Vergleich zu 1992 geringer, in absoluten Zahlen jedoch 2008 höher. Dies darf als Ausdruck des tiefen Wunsches der Angolaner empfunden werden, nach 27 Jahren Bürgerkrieg den seit 2002 stark spürbaren friedlichen Wiederaufbau des Landes fortzusetzen. Auch hatten die Regierung, die Parteien, die Zivilgesellschaft und die in Angola sehr einflussreiche katholische Kirche explizit dazu aufgerufen, vom demokratischen Partizipationsrecht Gebrauch zu machen. Die UNITA wiederum hatte stets betont, dass sie Wahlen mit demokratischen Mitteln gewinnen will und der Einsatz militärischer Mittel unangemessen und – nach der Demilitarisierung 2002 – faktisch ohnehin unmöglich sei. Damit versuchte man entsprechenden Befürchtungen insbesondere der Landbevölkerung entgegenzutreten.

Die Regierung, die Parteien, die Zivilgesellschaft und die in Angola sehr einflussreiche katholische Kirche hatten explizit dazu aufgerufen, vom demokratischen Partizipationsrecht Gebrauch zu machen.

DAS WAHLERGEBNIS

Laut offiziellem Endergebnis kommt die Regierungspartei MPLA des Präsidenten José Eduardo dos Santos auf 81,64 Prozent, die UNITA auf 10,39 Prozent. Damit hat die linksgerichtete MPLA das Ergebnis der Parlamentswahlen von 1992 (54 Prozent) deutlich verbessert, während die UNITA von den 1992 erreichten 34 Prozent der Stimmen nur noch ein Drittel erhielt.

Im Einzelnen erzielten die Parteien (Angaben in Prozent):

MPLA	81,64	AD	0,29
UNITA	10,39	FpD	0,27
PRS	3,17	PADEPA	0,27
ND	1,20	PAJOCA	0,24
FNLA	1,11	PRD	0,22
PDP-ANA	0,51	PPE	0,19
PLD	0,33	FOFAC	0,17

Anwendung findet das reine Verhältniswahlrecht ohne Sperrklausel, wodurch kleine Parteien die Chance erhalten, Abgeordnete in die Nationalversammlung entsenden zu können.

Von den 220 Abgeordneten der Nationalversammlung (Parlament) wurden 130 Abgeordnete mittels einer nationalen Liste, 90 Abgeordnete mittels Provinzlisten gewählt. Jede der 18 Provinzen des Landes entsendet dabei fünf Abgeordnete ins Parlament. Die Legislaturperiode der Nationalversammlung dauert vier Jahre. Anwendung findet das reine Verhältniswahlrecht ohne Sperrklausel, wodurch kleine Parteien die Chance erhalten, Abgeordnete in die Nationalversammlung entsenden zu können. Die Wahl der Abgeordneten erfolgte auf der Grundlage von Parteilisten. Die Abgeordneten werden nicht für einen Wahlkreis in die Nationalversammlung entsandt und vertreten auch keinen Wahlkreis. Vielmehr sind sie aufgrund der Nominierung ihrer jeweiligen Partei und ihres Listenplatzes Mitglieder der Nationalversammlung.

Die 220 Sitze des neuen Parlaments verteilen sich wie folgt auf die Parteien:

MPLA	191 Sitze
UNITA	16 Sitze
PRS	8 Sitze
FNLA	3 Sitze
ND	2 Sitze

Waren im letzten Parlament (1992 bis 2008) noch zwölf Parteien vertreten, sind es in der neuen Legislaturperiode (2008 bis 2012) nur noch fünf Parteien bzw. vier Parteien und eine Koalition (ND), die sich wiederum aus fünf kleinen Parteien zusammensetzt.

DIE PARLAMENTARISCHE PARTEIENLANDSCHAFT IN ANGOLA 2008

Die Genese der Parteienlandschaft Angolas muss vor dem Hintergrund des bewaffneten Befreiungskampfes und des Kalten Krieges betrachtet werden. Bedeutend sind in diesem Zusammenhang drei Gruppierungen, die militärisch um die Unabhängigkeit des Landes und zudem und zugleich um die politische Hegemonie in Angola kämpften und auch 2008 im Parlament vertreten sind: die MPLA, die UNITA und die FNLA. Die MPLA hatte mit militärischer, politischer und finanzieller Unterstützung der Sowjetunion und Kubas die Vorherrschaft erlangt, als Angola 1975 überraschend von Portugal unab-

hängig wurde. Seitdem zementiert die Partei mit dem früher expliziten und bis heute noch immer ungebrochenen (unausgesprochenen) Alleinvertretungsanspruch ihre Macht. Die UNITA versuchte während des Kalten Krieges bis 1991 und mit der Unterstützung westlicher Regierungen diese Hegemonie zu brechen. Nach dem Verlust der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 1992 und der Rückkehr in den Bürgerkrieg verlor die UNITA stark an Zustimmung in der Bevölkerung, während die MPLA ihre Machtposition geschickt ausbaute. Erst die Ermordung des Gründers und Führers der UNITA, Jonas Savimbi, 2002 ermöglichte eine Rückkehr zum Protokoll von Lusaka (1994), das eine Demilitarisierung der UNITA vorsah und das Ende des Bürgerkrieges und den Wiederaufbau des Landes ermöglichte.

Die MPLA, gegründet 1956 als marxistisch-leninistische Arbeiterpartei, hatte sich nach der Unabhängigkeit des Landes 1975 als sozialistische Einheitspartei konstituiert und die Regierung gebildet. Das Friedensabkommen von Bicesse 1991 sah nicht nur Wahlen für 1992 vor, sondern führte auch die Mehrparteiendemokratie offiziell in Angola ein. Die MPLA verstand sich dennoch als politische Alleinvertreterin Angolas; seit 1997 regierte die MPLA allerdings – so sah es das Protokoll von Lusaka von 1994 vor – zusammen mit der UNITA und der PRS in einer Regierung der Versöhnung und des nationalen Wiederaufbaus.

Die MPLA ist aufgrund der Tatsache, seit 1975 Regierungspartei zu sein, landesweit auf allen Ebenen vertreten. Als Partei wird sie kaum als unterschieden von der Regierung und ihren Exekutivorganen – bis auf die unterste

Ebene – wahrgenommen. Die Struktur der MPLA folgt sozialistischer Tradition und kennt ein Zentralkomitee, ein Politbüro und ein Sekretariat des Politbüros, welches die Richtlinien der Partei – und damit der Regierung – vorgibt.

Die Struktur der MPLA folgt sozialistischer Tradition und kennt ein Zentralkomitee, ein Politbüro und ein Sekretariat des Politbüros, welches die Richtlinien der Partei vorgibt.

1977 gab es einen ideologischen Richtungsstreit und den Versuch eines Staatsstreiches, welcher mit der Ermordung von mehreren zehntausend als unzuverlässig geltenden Parteimitgliedern endete. Nach dem Ende des Bürgerkrieges (2002) fand 2003 der erste Parteikongress zu Friedenszeiten statt, der die Chance zur ideologischen Öffnung und Neuorientierung jedoch nicht nutzte. Bei der MPLA, die Mitglied der Sozialistischen Internationale ist, geht offizielle sozialistische Programmatik und Rhetorik einher mit individueller Selbstbe-

reicherung der Partei- und Regierungsangehörigen sowie mit ungebremster und sozial nicht abgefederter Wirtschaftspolitik.

Die eigentliche Oppositionskraft Angolas war und bleibt, neuerdings jedoch mit reduzierter parlamentarischer Stärke, die UNITA. Sie wurde 1966 gegründet und war bereits vor der Unabhängigkeit des Landes 1975 die große und eigentliche Gegenspielerin der MPLA. Sie verstand sich als Bewegung zur totalen Befreiung Angolas und hatte als solche weder eine feste ethnische Bindung noch eine ideologisch feste Ausrichtung. Sie kämpfte von 1975 bis 1991 gegen die marxistisch orientierte MPLA. Im Kontext des Kalten Krieges und des Kampfs des südafrikanischen Apartheidregimes gegen die Befreiungsbewegungen Südafrikas und Namibias erhielt die UNITA finanzielle und teilweise militärische Unterstützung von Südafrika, den USA und verschiedenen anderen westlichen Regierungen (und Geheimdiensten).

Nach den Wahlen von 1992, deren Ergebnis die UNITA, wie gesagt, nicht anerkannte, führte sie einen erbitterten Kampf gegen die Regierung(struppen), welcher erst mit dem Tod des UNITA-Führers Jonas Savimbi endete. Dieser hatte die Partei bzw. die Bewegung auf ungewöhnlich autokratische Weise geführt. Die geschickte Abwerbung einflussreicher UNITA-Führer durch die regierende MPLA sowie zwei größere Abspaltungen von der UNITA schwächten die Partei in den letzten Jahren nach dem Friedensabkommen von Lusaka 1994. Der Tod Savimbis ermöglichte erstmals einen UNITA-Parteikongress 2003, auf welchem Isaias Samakuva zum Nachfolger Savimbis gewählt wurde. 2007 konnte er sich in transparenten und demokratischen Wahlen gegen zwei Herausforderer erneut durchsetzen. Samakuva versuchte von Beginn an, die drei Flügel der Partei zu versöhnen: die so genannte Auslandsfraktion, den militärischen Flügel der Partei sowie die moderaten Kräfte der UNITA, die seit 1997 in der Regierung der nationalen Versöhnung und des Wiederaufbaus mitarbeiteten. Die Parteiführung setzt sich aus einer politischen Kommission und einem ständigen Komitee zusammen.

Die PRS (Partei der sozialen Erneuerung) wurde erst 1990 gegründet, tritt zwar landesweit an, findet aber ihre eigentliche Unterstützung im Osten des Landes auf ethnischer Basis. Die PRS tritt für föderative Staatsstrukturen und einen starken Staat als Garanten sozialer Gerechtigkeit auf.

Die FNLA (Nationale Front zur Befreiung Angolas) ist, wie die MPLA und die UNITA, eine ehemalige Befreiungsbewegung mit sehr bewegter Geschichte. Sie wurde 1954 gegründet und ist damit die älteste Befreiungsbewegung Angolas. Sie war 1975 kurzzeitig an einer Übergangsregierung beteiligt und kämpfte dann, bis 1991, militärisch gegen die MPLA. Seit 1991 ist die FNLA als Partei registriert. Bis 2008 war sie mit fünf Abgeordneten im Parlament vertreten, seit 2008 nur noch mit drei Mitgliedern.

Die ND (Neue Demokratie) ist als Koalition von fünf kleineren Parteien erstmals angetreten und zieht mit zwei Abgeordneten über die Nationale Liste ins Parlament ein.

Die Parlamentswahlen 2008 haben die stark fragmentierte Parteienlandschaft Angolas deutlich schrumpfen lassen. Die finanzielle Dominanz der MPLA und die geringe öffentliche Finanzierung von Parteien haben diesen Vorgang beschleunigt. Die als Staatspartei und vom Staat im Grunde ununterscheidbare MPLA hatte die sichtbaren Erfolge beim Wiederaufbau des Landes für sich reklamiert, während die Oppositionsparteien sich aufgrund der staatlich kontrollierten Medienanstalten nicht hinreichend Gehör verschaffen konnten für die Tatsache, dass ein großer Teil der Einnahmen des Landes aus dem Verkauf von natürlichen Ressourcen, v.a. Öl und Diamanten, in die privaten Kassen von Familienangehörigen des Präsidenten und Parteikadern der MPLA fließen.

Die Parlamentswahlen 2008 haben die stark fragmentierte Parteienlandschaft Angolas deutlich schrumpfen lassen.

WAHLBEOBACHTUNG

Die Wahlen selbst sowie die Zeit vor und nach den Wahlen wurden von zahlreichen nationalen, regionalen und internationalen Organisationen und Akteuren beobachtet. Die Europäische Union hatte eine Delegation von 108 Beobachtern entsandt, die von einer Delegation von sieben Abgeordneten des Europaparlaments begleitet wurde. Die Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC) entsandte 80 Mitglieder und das Pan-Afrikanische Parlament (PAP), welches mit dem Electoral Institute of Southern Africa (EISA) zusammenarbeitete, stellte 26 Wahlbeobachter.

Lokale zivilgesellschaftliche Gruppen bildeten zahlreiche Wahlbeobachter aus, von denen die Wahlkommission jedoch nur einen kleinen Teil akkreditierte.

Auch wenn offizielle endgültige Berichte noch nicht von allen Beobachtermissionen vorliegen, wurden in mündlichen bzw. schriftlichen Presseerklärungen bereits wichtige Einschätzungen abgegeben. Allen gemeinsam ist, dass die sehr gute technische und logistische Vorbereitung der Wahlen hervorzuheben ist, insbesondere das wohl modernste elektronische Wählerregister Afrikas. Auch die hohe Wahlbeteiligung sowie der friedliche Prozess der Stimmabgabe sind positiv zu bewerten.

Von Vertretern der Afrikanischen Union und des Pan-Afrikanischen Parlaments wurde lediglich der Missbrauch der staatlichen Medienanstalten durch die MPLA kritisiert, die Wahlen hingegen insgesamt als frei und fair bezeichnet. Die Wahlbeobachter der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (SADC) bezeichneten die Wahlen als transparent und glaubwürdig. Die Botschaft der USA, die erhebliche wirtschaftliche Interessen in Angola verfolgen, kritisierte in einem Statement lediglich, dass die staatliche Kontrolle der größeren Medienanstalten der Regierungspartei einen Vorteil verschafft hätte, während man keine Fälle der Einschüchterung von Wählern registriert habe.

Bemerkenswert ist, dass die Leiterin der EU Wahlbeobachterdelegation es bei der Vorstellung ihres vorläufigen Berichts im Rahmen einer Pressekonferenz trotz mehrfacher Rückfragen vermieden hat, die Wahlen als frei und fair zu bezeichnen und darauf hinwies, dass die Wahlen hinter internationalen Standards zurückblieben. Nichtsdestoweniger wertete EU-Kommissionspräsident Barroso in einer Erklärung die Parlamentswahlen als wichtigen Schritt nach vorn für die Konsolidierung einer Mehrparteien-Demokratie in Angola.

Internationale und unabhängige Organisationen wie Human Rights Watch, aber auch andere Institutionen stellten bereits vor den Wahlen fest, dass politische Gewalt insbesondere von Sympathisanten der MPLA ausging.

Internationale und unabhängige Organisationen wie Human Rights Watch, aber auch andere Institutionen stellten bereits vor den Wahlen fest, dass politische Gewalt insbesondere von Sympathisanten der MPLA ausging, gerade ländliche Gebiete, aber auch zivilgesellschaftliche Gruppen davon betroffen waren und dies

von der Polizei toleriert wurde. Aufgrund seiner kritischen Haltung hatte die Regierung bereits im Mai 2008 das Büro des Hochkommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte geschlossen. Die katholische Kommission Justitia et Pax verwies schon Wochen vor den Wahlen darauf, dass die

in den ländlichen Gebieten Angolas sehr einflussreichen traditionellen Autoritäten von der MPLA unter Druck gesetzt und für den Wahlkampf instrumentalisiert würden. Außerdem finde in der angolanischen Exklave Cabinda seit vielen Jahren ein gewalttätiger Konflikt zwischen dem Militär und der separatistischen Guerillabewegung FLEC statt. Trotz eines Abkommens vom Januar 2008 kommt es dort regelmäßig zu unrechtmäßigen Verhaftungen und Verurteilungen.

Bereits im Juli 2008 hatte die Regierung ein Dekret erneuert, das Diplomaten und Vertretern internationaler Organisationen vorschreibt, bei Reisen von Luanda ins Landesinnere mindestens drei Tage vorher das Außenministerium zu informieren. Verbunden ist diese Restriktion mit dem Hinweis auf die Wiener Konvention, die Diplomaten vor der Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Gastlandes warnt.

Am Wahltag selbst wurde von vielen Beobachtern die fast durchgängige und ostentative Präsenz von Vertretern der MPLA unmittelbar an den Urnen als Einschüchterung empfunden. Die Durchführung der Wahlen vor allem in der Hauptstadt Luanda, in der die Hälfte der Wahlberechtigten lebt, wurde als chaotisch empfunden. Fehlende Stimmzettel und nicht anwesende Wahlhelfer führten zu Verzögerungen bei der Öffnung zahlreicher Wahllokale. Die UNITA forderte deshalb zunächst eine Wiederholung der Wahlen, die Wahlkommission verlängerte schließlich die Möglichkeit zur Stimmabgabe in Teilen des Landes um einen Tag.

Der Zugang zu den Medien, insbesondere den elektronischen Medien, war den Oppositionsparteien im Wahlkampf nur sehr eingeschränkt gegeben. Außerhalb der gesetzlich vorgesehenen knappen Sendezeiten für alle Parteien waren die staatlichen Sendeanstalten de facto Propagandaeinrichtungen der MPLA. Printmedien spielen außerhalb der Hauptstadt Luanda ohnehin nur eine marginale Rolle. Die zerstörte Infrastruktur, die nach wie vor große Teile des Landes von der Außenwelt abschneidet, führte zu einem Informationsdefizit, das die MPLA mittels der staatlichen Medienanstalten, insbesondere der nationalen Radiostation, massiv zu ihren Gunsten instrumentalisieren konnte.

Während die Oppositionsparteien die Verlängerung des Wahlvorganges von einem auf zwei Tage und die damit einhergehende Gefahr der Manipulation der Stimmenauszählung rück-

gängig machen konnten, bestanden stets Zweifel an der Tatsache, dass der Wahlvorgang von zwei unterschiedlichen Kommissionen koordiniert wird und diese überwiegend mit Mitgliedern der regierenden MPLA besetzt sind.

Man kann die Wahlen insgesamt als nur teilweise frei, keinesfalls aber als fair bezeichnen.

Legt man internationale Maßstäbe für freie und faire Wahlen an, wie sie auch von den Regierungen im südlichen Afrika im Rahmen eines Gipfeltreffens 2004 (auch von Angola) angenommen worden sind, kann man die Wahlen insgesamt als nur teilweise frei, keinesfalls aber als fair bezeichnen. Es bestanden in Angola keine freien und für alle Parteien gleichen Voraussetzungen für faire Wahlen. Daran ändern auch die Hinweise nichts, dass es – von einzelnen Vorfällen abgesehen – wohl keinen systematischen Wahlbetrug gab oder dass die UNITA selbst bei fairen Voraussetzungen keine Mehrheit der Stimmen erhalten hätte.

Zivilgesellschaftliche Gruppen aus Angola und Analysten beklagen die doppelten Standards in der Einschätzung der Wahlen in Angola. Demnach kritisiert der Westen einerseits Wahlen in Simbabwe, die unter ähnlichen unfairen Bedingungen stattfanden, lobt andererseits aber Wahlen in Angola, wo man erhebliche wirtschaftliche Interessen verfolgt. Der Ölreichtum des Landes (der angolische Öl-Minister wird 2009 den Vorsitz der OPEC übernehmen), aber auch der Wunsch nach politischer Stabilität und Rechtssicherheit auch für internationale Investitionen in Angola und der Region habe den klaren Blick auf das Land vernebelt und eine realistische Beurteilung der Wahlen verzerrt. Hierzu ist festzuhalten, dass zwar eine gewisse Analogie zwischen den Wahlen in Simbabwe und denen in Angola besteht, was die Bedingungen für freie und faire Wahlen betrifft, die in beiden Ländern nur begrenzt bzw. nicht gegeben waren. Allerdings ist bei dem Vergleich der beiden Länder die Unähnlichkeit größer, wenn man nicht nur eine synchrone Bestandsaufnahme im Querschnitt (was die Wahlen betrifft) durchführt, sondern auch die gesamte politische (diachrone) Entwicklung im Längsschnitt betrachtet. Denn es kann bei aller Kritik an den Wahlen in Angola von deren Bedingungen und der Durchführung selbst im Blick auf die Entwicklung der Jahre seit 1975 ein insgesamt eher positiver Trend festgestellt werden (im Gegensatz zu Simbabwe). Dennoch darf es aus der Sicht einer qualifizierten Mehrparteiendemokratie hinterfragt werden, wenn unfaire Wahlen, bei denen eine Partei in Angola schließlich über

80 Prozent der Stimmen erreicht und die Oppositionsparteien marginalisiert werden, unkritisch als Schritt nach vorn für die Konsolidierung einer Mehrparteien-Demokratie bezeichnet werden. Schließlich bezeichnete selbst ein Pressesprecher der MPLA in Luanda das Land als Einparteienstaat – allerdings hervorgegangen aus Wahlen. Ferner ist zu befürchten, dass die MPLA nach ihrem erdrutschartigen Sieg die von ihr geplante Änderung der Verfassung im Alleingang durchsetzen kann und die Voraussetzungen schafft für das Amt eines noch mächtigeren Exekutivpräsidenten, für dessen Amt bereits für 2009 Wahlen avisiert sind.

BEWERTUNG DER WAHLEN

Das positive an den Wahlen ist, dass sie – 16 Jahre nach den letzten Wahlen – endlich und überhaupt stattgefunden haben. Positiv zu bewerten ist im Übrigen auch, dass die UNITA als wichtigste Oppositionskraft und eigentlicher politischer Gegner der MPLA trotz berechtigter Kritik an den unfairen Voraussetzungen, an der Vorbereitung und an der zum Teil chaotischen Durchführung der Wahlen ihre Niederlage akzeptiert und den Wahlsieg der MPLA anerkannt hat. Hierin manifestiert sich die seit 2002 dauernde respektable Transformationsleistung einer ehemaligen Guerillabewegung, die bereits im letzten Jahr in einer transparenten (Wieder-)Wahl des Parteivorsitzenden Samakuva ein hohes Maß an innerparteilicher Demokratie demonstriert hat. Das besonnene Agieren der UNITA im Rahmen dieser Wahlen bildet eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung für die weitere Demokratisierung und nachhaltige politische Stabilisierung Angolas. Hierzu bedarf es auch und gerade einer Regierungspartei, die ihren politischen Gegnern, der Zivilgesellschaft und vor allem den Medien in Zukunft genügend Handlungsspielraum lässt, selbst demokratische Werte fördert und als Regierungspartei die breite Bevölkerung teilhaben lässt am Reichtum des Landes, von dem in der Vergangenheit gerade eine kleine korrupte Elite profitiert hat.

Das besonnene Agieren der UNITA im Rahmen dieser Wahlen bildet eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung für die weitere Demokratisierung.

Obwohl dem Parlament angesichts eines starken Exekutivpräsidenten eine politisch nur marginale Rolle zukommt, markieren die Wahlen 2008 dennoch ein wichtiges Datum in der Geschichte Angolas. Sie sind von großer symbolischer Bedeutung und vermögen zudem wichtige Signale nach innen wie nach außen zu senden. Nach innen, insofern Wahlen nicht

mehr als möglicher Grund für eine Rückkehr in den Bürgerkrieg wahrgenommen werden müssen. Nach außen, insofern die Wahlen einen Meilenstein auf dem Weg zu politischer Stabilität und demokratischer Normalität darstellen – wenn auch das Ergebnis mit 82 Prozent der Stimmen alle anderen dominanten Regierungs- und Staatsparteien in Afrika übertrifft und eher an die politische Normalität der ehemaligen Bruderstaaten DDR oder Sowjetunion erinnert. Daran kann auch die hohe Frauenquote von 36 Prozent (insgesamt 81 der 220 Abgeordneten sind Frauen, 77 davon MPLA) nichts ändern.

Nach den Wahlen zum ersten Parlament Angolas 1992 dauerte es fünf Jahre, nämlich bis 1997, bis die 70 Abgeordneten der UNITA endlich ihre Sitze einnahmen. Vorausgegangen war eine Einigung während des noch andauernden bzw. wieder aufgeflamten Bürgerkrieges, Gesetzesreformen bzw. –initiativen in den Bereichen Wahlrecht, Justiz und Landrecht auf den Weg zu bringen, eine oberste Staatsanwaltschaft einzusetzen und einen unabhängigen Rechnungshof zu schaffen. Damit konnte auch die im Protokoll von Lusaka von 1994 vereinbarte „Regierung der Einheit und nationalen Versöhnung“, welche die Einbeziehung der UNITA mit vier Ministern und sieben Vize-Ministern vorsah, 1997 ihre Arbeit aufnehmen.

Nach den Wahlen vom 5. September dauerte es diesmal nur drei Wochen, bis das neugewählte zweite Parlament Angolas zum ersten Mal zusammentreten konnte. Am 30. September 2008 wurden die Abgeordneten vereidigt und der ehemalige Ministerpräsident Fernando da Piedade Dias dos Santos zum

Parlamentspräsidenten gewählt. Ob man beim neuen Parlament Angolas aufgrund der derzeitigen Mehrheitsverhältnisse von parlamentarischer Kontrolle der Exekutive sprechen kann, ist fraglich. Es steht zu befürchten, dass wichtige politische Entscheidungen weiterhin im Fu-

tungo, dem Präsidentenpalast und im engen Beraterkreis des Staatspräsidenten, getroffen werden und im Parlament nur noch zur Abstimmung gebracht werden. Die neue angolansische Ein-Parteien-„Demokratie“ erfüllt somit wichtige Bestandteile dessen, was man landläufig eine Fassadendemokratie nennt.

Ob man beim neuen Parlament Angolas aufgrund der derzeitigen Mehrheitsverhältnisse von parlamentarischer Kontrolle der Exekutive sprechen kann, ist fraglich.

Dabei wäre es sechs Jahre nach dem Ende des Bürgerkrieges und nach ersten sichtbaren Ergebnissen beim Wiederaufbau des Landes von großer Bedeutung, dass Akteure aller Teile

der Bevölkerung, von Oppositionsparteien, Medien und der Zivilgesellschaft, an der Gestaltung des neuen Angola partizipieren könnten. Schließlich steht das Land vor gewaltigen Herausforderungen. Die Folgen des 27 Jahre währenden Bürgerkrieges, der Angola in ein humanitäres, soziales und wirtschaftliches Chaos stürzte, prägen das Land bis heute.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE HERAUSFORDERUNGEN NACH DEN WAHLEN

Inzwischen sind zwar die meisten der 4,5 Millionen intern vertriebenen Personen wieder in ihre Heimatgebiete zurückgekehrt und mehr als 300 000 Personen, die sich vor allem in den Nachbarländern aufhielten, wurden repatriiert. Die Post-Konflikt-Situation mit einer zerstörten Infrastruktur prägt das Land jedoch bis heute, die höchste Konzentration von Landminen weltweit fordert immer noch ihre Opfer. Eine ganze Generation wuchs in Angola in einem von beiden Seiten äußerst brutal geführten Krieg auf, was auch die soziale Kohäsion in diesem Land beschädigt hat und den Prozess der nationalen Versöhnung zu einer großen Herausforderung macht.

Seit dem Ende des Krieges 2002 lässt sich in Angola jedoch eine starke Dynamik in vielen Bereichen feststellen. Aufgrund der erheblichen Einnahmen vor allem aus dem Bereich der natürlichen Ressourcen (Öl, Diamanten) kommt es zu zahlreichen Maßnahmen zum Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur. Straßen und Brücken sowie ein neuer Flughafen werden gebaut. In Luanda wird an allen Ecken und Enden gebaut, im Süden der ca. sechs Millionen Einwohner zählenden Stadt entsteht derzeit ein eigener Stadtteil für einige hunderttausend Menschen.

Von den erheblichen staatlichen Einnahmen profitiert aber nur ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung. Der Großteil lebt unter schwierigsten Bedingungen und ist abgeschnitten von der dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Deshalb nimmt Angola, das zur Gruppe der *least developed countries* (LDC) gehört, im Human Development-Index (HDI) von den 177 bewerteten Ländern regelmäßig einen der letzten Plätze ein. Trotz des enormen Wirtschaftswachstums fiel Angola in den letzten Jahren sogar von Platz 160 auf Platz 162 zurück (HDI-Report 2007). Etwa zwei Drittel der Bevölkerung leben unterhalb der absoluten Armutsgrenze von

Etwa zwei Drittel der Bevölkerung leben unterhalb der absoluten Armutsgrenze von einem US-Dollar Einkommen pro Tag.

einem US-Dollar Einkommen pro Tag, die Lebenserwartung liegt bei 40 Jahren, die Kindersterblichkeitsrate ist mit 250 Toten bei 1000 Kindern (unter fünf Jahren) weltweit unter den höchsten. Die eingeschränkte Bewegungsfreiheit während des Krieges hat dazu geführt, dass die HIV/Aids-Rate geringer als in den Nachbarländern ist. Offiziell liegt sie bei 2,1 Prozent, inoffiziell ist sie deutlich höher – Tendenz steigend.

Auch wenn das Land an natürlichen Ressourcen außerordentlich reich ist, profitiert die breite Bevölkerung kaum davon. Präsident dos Santos und seine regierende MPLA haben in den letzten Jahren die wichtigsten Ämter in Politik und Wirtschaft, entscheidende Posten in Justiz und Gesellschaft mit Familienangehörigen, Mitgliedern oder Sympathisanten seiner Partei besetzt. Der Staat und die MPLA werden von vielen als Einheit wahrgenommen, zumal die Partei staatliche Ressourcen für ihren Wahlkampf einsetzte.

Die Regierung und ihr kleptokratisches Patronagenetzwerk privatisieren große Teile der Öleinnahmen. Der IWF hat den Mangel an interner Kontrolle und Transparenz der Regierung und der Zentralbank als Schlüsselproblem identifiziert. Da sich die Regierung stark aus den Erlösen aus dem Verkauf der Ressourcen finanziert (50 Prozent des GDP stammt aus dem Ölgeschäft), ist sie nicht von Steuereinnahmen und einer diversifizierten Wirtschaft bzw. Industrie abhängig. Dieses *paradox of plenty* scheint ein Grund für die Schwäche des Staates und seine Unfähigkeit zu sein, der Bevölkerung öffentliche Güter und Dienstleistungen zu gewähren. Die gestiegene Ölproduktion hat zu hohen Einnahmen des Landes geführt und Angola mehrere Wiederaufbaukredite, v.a. aus China, beschert. 50 Prozent der Ölproduktion von täglich zwei Millionen Barrel gehen dafür nach China, 40 Prozent in die USA.

Eine relativ niedrige Inflationsrate von derzeit ca. zwölf Prozent und eine seit drei Jahren stabile Währung (Kwanza) haben zu Wachstumsraten in den letzten Jahren von 11,2 Prozent (2004), 20,6 Prozent (2005), 18,6 Prozent (2006) und 20,7 Prozent (2007) geführt. Dies darf aber nicht über die problematischen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit einer zerstörten Infrastruktur, einer inadäquaten Wirtschaftspolitik und exorbitanter Korruption hinwegtäuschen, weshalb die Wirtschaft sich nur unterhalb ihres eigentlichen Potenzials

entwickelt. Aufgrund seiner Ressourcen konnte Angola in den letzten Jahren die höchsten ausländischen Direktinvestitionen (FDI) in Afrika gewinnen, mit 1,9 Milliarden US-Dollar inzwischen etwa doppelt so viel wie Südafrika.

Wegen des gestiegenen internationalen Interesses an Angola und angesichts der Wahlen 2008 bemühte sich die Regierung etwas stärker um Armutsbekämpfung, den Wiederaufbau des Landes und um nationale Versöhnungsinitiativen.

Nach den Parlamentswahlen von 2008 und dem überwältigenden Sieg der MPLA ist davon auszugehen, dass der amtierende Präsident José Eduardo dos Santos 2009 seine seit 1975 dauernde, dann 34-jährige Präsidentschaft erstmals demokratisch legitimieren lassen will – allerdings nicht ohne vorher durch eine Verfassungsänderung seinem ohnehin starken

Amt weitere Kompetenzen hinzuzufügen. Die Verfassungsmäßigkeit des Mandates von dos Santos ist zwar de jure strittig, wurde de facto aber – auch von den Vereinten Nationen – anerkannt.

Nach den Parlamentswahlen von 2008 und dem überwältigenden Sieg der MPLA ist davon auszugehen, dass der amtierende Präsident José Eduardo dos Santos 2009 seine seit 1975 dauernde, dann 34-jährige Präsidentschaft erstmals demokratisch legitimieren lassen will.

Nach den Erfahrungen der Parlamentswahlen in Angola 2008, die, wie gesagt, nur teilweise als frei, keinesfalls aber als fair bezeichnet werden können, kann das Ergebnis der kommenden Präsidentschaftswahlen 2009 vorweggenommen werden. Ob derlei ein gutes Omen für die Demokratie in Angola darstellt, ist allerdings fraglich. Es bleibt zu hoffen, dass die Einschätzung dieser Wahlen durch westliche Demokratien dann nicht durch den Ressourcenreichtum und die Frage der Stabilität in der Region beeinflusst und getrübt werden wird.